

Fragen

für die Fragestunde der 207. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 4. März 2009

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Barth, Uwe (FDP)	28, 35	Pau, Petra (DIE LINKE.)	24, 25
Bellmann, Veronika (CDU/CSU)	36	Sarrazin, Manuel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	21
Dr. Bunge, Martina (DIE LINKE.)	10, 11	Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.)	7, 8
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	12, 13	Dr. Solms, Hermann Otto (FDP)	31, 32
Gehrcke, Wolfgang (DIE LINKE.)	18, 19	Stokar von Neuforn, Silke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22, 23
Hettlich, Peter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ..	6	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	29, 30
Höger, Inge (DIE LINKE.)	3, 20	Dr. Tackmann, Kirsten (DIE LINKE.)	1, 2
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	14, 15	Tauss, Jörg (SPD)	4, 5
Dr. Löttsch, Gesine (DIE LINKE.)	26, 27	Dr. Wissing, Volker (FDP)	33, 34
Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	16, 17	Zimmermann, Sabine (DIE LINKE.)	9

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	6
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	9

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

1. Abgeordnete
**Dr. Kirsten
Tackmann**
(DIE LINKE.) Wie viele aktuell beantragte Freisetzungsverfahren mit gentechnisch veränderten Pflanzen wurden gleichfalls im so genannten vereinfachten Verfahren beantragt, und welche Veränderung ist im Vergleich zu den vergangenen Jahren festzustellen?

2. Abgeordnete
**Dr. Kirsten
Tackmann**
(DIE LINKE.) Wie bewertet die Bundesregierung die EU-Freisetzungsrichtlinie (2001/18/EG) in Bezug auf den Freisetzungszweck bezüglich seiner Abgrenzungsfunktion zum Begriff Inverkehrbringen (z. B. Größe einer Freisetzungsfläche)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

3. Abgeordnete
**Inge
Höger**
(DIE LINKE.) In welchem Umfang sind Verträge für wehrtechnische Beschaffungen im Rahmen des Konjunkturpaketes II geplant bzw. wurden bereits abgeschlossen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

4. Abgeordneter
**Jörg
Tauss**
(SPD) Ist es die Auffassung der Bundesregierung oder die Auffassung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), dass die Ausarbeitung des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages zu den technischen und rechtlichen Möglichkeiten und Grenzen von Sperrverfügungen „einseitig ausgelegt und zudem interessegeleitet“ oder sogar als „unterirdisch“ zu bewerten seien, und aufgrund welcher Erkenntnisse kommt die Bundesregierung bzw. das BMFSFJ zu dieser Einschätzung?

5. Abgeordneter
Jörg Tauss
(SPD)
- Ist es die Auffassung der Bundesregierung oder die Auffassung des BMFSFJ, dass eine Sperrung von strafrechtlichen Inhalten, die auf ausländischen Servern bereitgehalten und nicht anders verfolgt werden können, aufgrund einer freiwilligen Vereinbarung zwischen dem Bundeskriminalamt und den Internet Providern erfolgen könne, oder teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass dies allenfalls auf einer gesetzlichen Grundlage und in einem rechtsstaatlichen Verfahren denkbar ist?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

6. Abgeordneter
Peter Hettlich
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann ist mit der Vorlage des bereits am 2. Dezember 2008 durch den Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Dr.-Ing. Engelbert Lütke-Daldrup, angekündigten und zwischen den zuständigen Ressorts abgestimmten Referentenentwurfs zur Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) zu rechnen, und wann sollen vereinbarungsgemäß die betroffenen Berufsverbände dazu Stellung beziehen können?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

7. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Welche Gründe gab es für die Bundesregierung, das Kriterium der Barrierefreiheit nicht als Voraussetzung für die Bereitstellung von Mitteln des Bundes für Investitionen zum Ausbau der Infrastruktur und von Bildungseinrichtungen im Rahmen des Konjunkturpaketes II vorzuschreiben, obwohl dies – auch mit Blick auf die UN-Behindertenrechtskonvention und den im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD festgeschriebenen „Paradigmenwechsel“ – nicht nur von Behindertenorganisationen und der Fraktion DIE LINKE., sondern auch von sachkundigen Vertreterinnen der Koalition wie der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, Karin Evers-Meyer (siehe Pressemitteilung vom 18. Dezember 2008) und der behindertenpolitischen Sprecherin der Fraktion der SPD, Silvia Schmidt (Eisleben), (siehe Erklärung zur Abstimmung im Bundestag am 13. Februar 2009), gefordert wurde?

8. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Welche Erkenntnisse und Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Gespräch der Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel, mit den Vertreterinnen und Vertretern des Deutschen Behindertenrates (DBR) am 10. Februar 2009 im Bundeskanzleramt?
9. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(DIE LINKE.)
- Plant die Bundesregierung angesichts der langen Wartezeiten für die Ausstellung der Schwerbehindertenausweise, das Neunte Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX) zu ändern, um eine konkrete Frist vorzuschreiben, innerhalb derer der Antragsteller nach Eingang des Antrages seinen Schwerbehindertenausweis erhalten muss, was eine völlig andere Regelung wäre als die jetzige, nach der lediglich interne Fristen für den Versorgungsträger festgeschrieben sind und das auch nur für Anträge erwerbstätiger Personen, aber eben nicht geregelt ist, bis wann der Antragsteller seinen Schwerbehindertenausweis erhalten muss, was für die Betroffenen letztlich das Entscheidende ist, und wie steht die Bundesregierung zu dem Vorschlag, bei einer entsprechenden Neuregelung sich an dem Verfahren für die Feststellung der Pflegebedürftigkeit (§ 18 SGB XI) zu orientieren, welches eine Fünfwochenfrist vorsieht, innerhalb derer der Antragsteller eine schriftliche Mitteilung der Pflegekasse erhalten muss?
10. Abgeordnete
Dr. Martina Bunge
(DIE LINKE.)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, dass Beschäftigten der Kohleveredlung/Carbochemie in Borna-Espenhain zu DDR-Zeiten eine Rente „Bergmännische Tätigkeit unter Tage – gleichgestellt“ zugesagt wurde, diese aber unter anderem mit Hinweis auf eine soziale Abfederung 1990 (siehe Antwort auf die schriftliche Frage 39 vom 12. Dezember 2008 auf Bundestagsdrucksache 16/11351) verweigert wird, obwohl es sich bei diesen Leistungen nicht um einen rentenrechtlichen Ausgleich für die „Bergmännische Tätigkeit unter Tage – gleichgestellt“ handelte, sondern um Leistungen, die auch allen anderen Arbeitnehmern der Braunkohleveredlung Espenhain gewährt wurden?
11. Abgeordnete
Dr. Martina Bunge
(DIE LINKE.)
- Was weiß die Bundesregierung über den Verbleib bzw. die Verwendung einer zweiten bzw. weiterer Raten der Leistungen für die Beschäftigten in Borna-Espenhain (siehe Antwort auf schriftliche Frage 39 vom 12. Dezember 2008 auf die Bundestagsdrucksache 16/11351), und wie erklärt sie die Differenz zwischen der in der Antwort angegebenen Summe von 53 000 000 DM und der Summe von

35 750 000 DM, die etwa tatsächlich ausgezahlt worden sein sollen, nämlich rund 6 500 DM für jeden der rund 5 500 Beschäftigten?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

12. Abgeordneter
**Hans-Josef
Fell**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat die Bauverzögerung des EPR (neuer europäischer Kernreaktor) in Finnland zu sicherheitstechnischen Mängeln des Atomkraftwerks geführt, und welche Kostensteigerungen und Strafzahlungen zeichnen sich nach dem bisherigen Stand des Wissens bei dem Bauprojekt ab?
13. Abgeordneter
**Hans-Josef
Fell**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen hat der Verfall der CO₂-Zertifikatspreise für den Bundeshaushalt im Allgemeinen und die einzelnen aus dem Verkauf der CO₂-Zertifikate gegenfinanzierten Förderprogramme im Besonderen?
14. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern teilt die Bundesregierung die Auffassung des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Sigmar Gabriel, die Bevölkerung dürfe gewiss sein, dass die Bundesregierung versuchen wird, die Energieversorgungsunternehmen von der moralischen Mitverantwortung zu überzeugen, sich an den Kosten für die Sanierung und Schließung des Atommülllagers Asse II zu beteiligen (vgl. Aussage des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Sigmar Gabriel, in der gemeinsamen Sondersitzung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung am 16. September 2008), und ist die Bundesregierung grundsätzlich der Auffassung, dass sich die Energiewirtschaft an den Sanierungs- und Schließungskosten des Atommülllagers Asse II beteiligen sollte?
15. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern kann die Bundesregierung die Aussage von Eckbert Duranowitsch bestätigen, seinem Ex-Arbeitgeber und ehemaligen Betreiber des Atommülllagers Asse II – Helmholtz Zentrum München (vormals GSF) –, seien im Zusammenhang mit der Arbeit im Atommülllager Asse II mindestens sechs

Todesfälle unter den Mitarbeitern bekannt (vgl. Meldung der Nachrichtenagentur epd vom 26. Februar 2009), und gegebenenfalls welche näheren Informationen liegen der Bundesregierung in diesen Fällen hinsichtlich schwerer Erkrankungen bzw. möglicher Todesursachen vor?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

16. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum hat die Bundesregierung bislang keine unabhängige Kommission über Deutschlands Gesamtengagement und seine künftige Rolle in Afghanistan eingerichtet?
17. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann und in welcher Form wird die Bundesregierung vor dem Hintergrund der Neubewertung des Einsatzes der USA in Afghanistan durch Präsident Barack Obama eine Gesamtbewertung des Afghanistan-Einsatzes vornehmen?
18. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke
(DIE LINKE.)
- Welche Haltung nimmt die Bundesregierung zur Forderung des US-Präsidenten Barack Obama, die Anzahl der in Afghanistan stationierten Soldaten bedeutend zu erhöhen, ein?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

19. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke
(DIE LINKE.)
- Ist die Bundesregierung bereit, sich für das Recht von Demonstrantinnen und Demonstranten, ihren Protest gegen die Politik der NATO zeit- und ortsnah während der Gipfelveranstaltungen in Baden-Baden und Straßburg zum Ausdruck zu bringen, einzusetzen?
20. Abgeordnete
Inge Höger
(DIE LINKE.)
- Ist die Bundesregierung bereit, sich dafür einzusetzen, dass die Europabrücke (E 52/B 28) zwischen Kehl und Straßburg am Samstag, den 4. April 2009 nicht geschlossen wird, um damit sicherzustellen,

dass das Recht von aus Deutschland anreisenden Demonstrantinnen und Demonstranten, sich an der internationalen Großdemonstration gegen den NATO-Gipfel in Straßburg zu beteiligen, nicht eingeschränkt wird?

21. Abgeordneter
Manuel Sarrazin
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Verhandlungsposition vertritt die Bundesregierung in den derzeit auf europäischer Ebene laufenden Verhandlungen zu den praktischen Leitlinien für FRONTEX-Einsätze bzw. zum Schengener Grenzkodex generell und insbesondere im Hinblick auf die Geltung des Refoulement-Verbotes aus Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention und der Genfer Flüchtlingskonvention auf hoher See?
22. Abgeordnete
Silke Stokar von Neuforn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welches Einsatzkonzept liegt bislang für die Auslandseinsatzhundertschaft der Bundespolizei in St. Augustin vor?
23. Abgeordnete
Silke Stokar von Neuforn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welchen konkreten Krisengebieten sollen die Bundespolizisten eingesetzt werden, die sich auf die Ausschreibung für die Auslandseinsatzhundertschaft in St. Augustin bewerben?
24. Abgeordnete
Petra Pau
(DIE LINKE.)
- Wie viele Nachmeldungen im Erfassungsbereich „Politisch motivierte Kriminalität – rechts“, aufgeschlüsselt nach Deliktsbereichen und Themenfeldernennung Hasskriminalität (wie Verstöße gegen das Versammlungsrecht, Fälle von Landfriedensbruch und schwerem Landfriedensbruch, Brandstiftungen, Körperverletzungen, Gewaltdelikte, Nötigung/Bedrohung, versuchte Tötungsdelikte, Tötungsdelikte, Sachbeschädigungen, Widerstand, Anschläge, Volksverhetzung, Friedhofsschändungen, Propagandadelikte usw.), hat es bisher für das Jahr 2008 gegeben?
25. Abgeordnete
Petra Pau
(DIE LINKE.)
- Wie verteilen sich diese Nachmeldungen aufgeschlüsselt auf die einzelnen Bundesländer?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

26. Abgeordnete
Dr. Gesine Lötzsch
(DIE LINKE.)
- Wie ist der Stand der Erarbeitung gesetzlicher Regelungen zur Eindämmung überhöhter Managervergütungen, und nach welchen Kriterien will die Bundesregierung diese Regelungen gestalten?
27. Abgeordnete
Dr. Gesine Lötzsch
(DIE LINKE.)
- Welchen Zeitplan hat die Bundesregierung zur Einbringung eines entsprechenden Gesetzentwurfs in den parlamentarischen Entscheidungsprozess?
28. Abgeordneter
Uwe Barth
(FDP)
- Welche Beiträge sind an wie viele Betroffene des SED-Unrechtregimes jeweils nach dem Strafrechtlichen, dem Berufsrechtlichen und dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz bisher ausbezahlt worden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

29. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welchen Banken, Finanzinstituten oder Unternehmen anderer Branchen, die „in vielen Fällen gleichzeitig riesige Bonus-Summen auszahlen“ (so die Bundeskanzlerin in der Zeitschrift DER SPIEGEL vom 16. Februar 2009) hat die Bundesregierung mit Krediten, Bürgschaften, sonstigen Zahlungen (bitte nach jeweiligem Betrag aufgeschlüsselt) „unter die Arme gegriffen“ oder solches zugesagt, und warum hat die Bundesregierung nicht durch geeignete Auflagen und Bedingungen (gemäß § 7 Abs. 4 Nr. 4 – bei Bürgschaften und anderen Garantien – und § 10 Abs. 2 Nr. 2, 3, 5, 10 – u. a. bei Krediten – des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes) diese der Bundeskanzlerin zufolge „unverständliche“ Praxis verhindert und für die Zukunft ausgeschlossen entsprechend den strengen Auflagen, die der Bundesminister der Finanzen bei Inanspruchnahme von Staatshilfen schon im vergangenen Jahr angekündigt hatte (Handelsblatt, 15. Oktober 2008), anstatt jetzt zu beklagen, die Manager haben jedes Maß verloren?

30. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche geldwerten Leistungen (Kredite, Garantien, Bürgschaften, Sachleistungen etc.: bitte nach jeweiligen Beträgen aufschlüsseln) wurden der Hypo Real Estate Holding AG bisher aus öffentlichen Mitteln nach Kenntnis der Bundesregierung gewährt oder verbindlich zugesagt, und mit welchen Auflagen und Bedingungen (z. B. Kreditzinssatz, Kreditbefristung, keine Boni und Dividendenzahlungen, Vergütungsbegrenzungen) haben Bundesregierung und andere öffentliche Geldgeber konkret sichergestellt, dass nach Gewährung der Finanzhilfen in Höhe von bisher insgesamt angeblich gar 102 Mrd. Euro (vgl. sz-online, 18. Februar 2009) diese nicht an Vorstände, Aktionäre, Fondsmanager oder andere Profiteure weiterfließen, damit diese irgendwann in die Staatskasse zurückgelangen bzw. als Garantie nicht in Anspruch genommen werden und damit die Stabilisierung der Bank irgendwann erreicht und eine untragbare ruinöse Überbelastung der Staatskasse sowie weiterer Schaden für die Steuerzahler und Steuerzahlerinnen vermieden wird?
31. Abgeordneter
Dr. Hermann Otto Solms
(FDP)
- Hat die Bundesregierung Vorkehrungen dafür getroffen, dass Banken, die staatliche Hilfen in Anspruch nehmen, Bonuszahlungen nicht aus diesen staatlichen Hilfen zahlen, und wenn nein, warum nicht?
32. Abgeordneter
Dr. Hermann Otto Solms
(FDP)
- Plant die Bundesregierung, es zukünftig sicherzustellen, dass Banken, die staatliche Hilfen in Anspruch nehmen, Bonuszahlungen nicht aus diesen staatlichen Hilfen zahlen, und wenn nein, warum nicht?
33. Abgeordneter
Dr. Volker Wissing
(FDP)
- Welche Gründe haben die Bundesregierung veranlasst, die im Bankenrettungspaket vorgesehenen jährlichen Gehaltsobergrenzen bei 500 000 Euro festzulegen, und wie viele Personen beziehen in Deutschland ein jährliches Einkommen ober- bzw. unterhalb von 500 000 Euro?
34. Abgeordneter
Dr. Volker Wissing
(FDP)
- Kann die Bundesregierung ausschließen, dass ein Vorstand bzw. Angestellter der Commerzbank nach Inanspruchnahme der Rekapitalisierungsmaßnahmen und unter Einbeziehung sämtlicher steuerpflichtiger geldwerter Vorteile, Boni, Altersvorsorge etc. mehr als 500 000 Euro jährlich bezieht, und wenn nein, warum nicht?

35. Abgeordneter
**Uwe
Barth**
(FDP)
- Inwiefern rechnet die Bundesregierung damit, dass die durch die zusätzliche Verschuldung der öffentlichen Haushalte im Zusammenhang mit dem Konjunkturpaket II künftig anfallenden Zins- und Tilgungszahlungen die strukturellen Probleme der öffentlichen Haushalte, die in den vergangenen Jahren gerade im Bildungswesen zu einer Investitionslücke von mehreren Mrd. Euro geführt haben, weiter verschärfen und künftig notwendige Verbesserungen (sowohl künftig nötige Bau- und Sanierungsmaßnahmen als auch Investitionen in Ausstattungen, Personal usw.) erschweren oder gar verhindern?
36. Abgeordnete
**Veronika
Bellmann**
(CDU/CSU)
- Wie ist nach Erkenntnissen der Bundesregierung der Stand der Entwicklungen in Sachen „verstecktes Parteivermögen der SED“ im Ausland (neben allgemeinen Erkenntnissen vor allem im Hinblick auf die Novum Handelsgesellschaft, deren Führung, Geschäftsgebaren, Verschleierungstaktik, Verbindung zu der Partei SED/PDS/DIE LINKE. und Rolle bzw. Verflechtung im SED-Unrechtsstaat)?

